[illegible]

Lausanne.

Türkische Einlenken und baldiges Ende der Meerengenkonferenz.

Auf die Forderungen, die Lord Curzon den türkischen Delegierten stellte, gab Ismet Pascha in der Sitzung am Freitag der Unterkommission für die Meerengenfragen eine Erklärung ab, die von den Alliierten mit großer Befriedigung aufgenommen wurde. Großen Eindruck machte vor allem die Erklärung Ismet Paschas, daß die Türkei sofort nach Abschluß des Friedens die Zulassung zum Völkerbund nachsuchen werde. Lord Curzon dankte Ismet Pascha für seine Erklärung und bedauerte nur, daß die anfängliche Unnachgiebigkeit der türkischen Delegation so alarmierend gewirkt habe. In den Kreisen der Konferenz hat man den Eindruck, daß nach dieser prinzipiellen Einigung mit einem raschen Fortgang der Verhandlungen zu rechnen sei und daß der endgültige Friedensvertrag vielleicht schon in der nächsten Woche unterzeichnet werden könne.

Der Verband Südwestdeutscher Industrieller gegen die Frachterhöhung.

Der Verband Sächsischer Industrieller hat wiederholt sein Bedenken gegen die fortgesetzten Frachterhöhungen erhoben. Wie wir letzthin mitteilten hatte sich auch die bayerische Industrie in gleichem Sinne ausgesprochen, und eine ähnliche Erklärung erläßt neuerdings der Verband Südwestdeutscher Industrieller, der namentlich die badische Industrie umfaßt. In dieser Erklärung heißt es:

„Das Direktorium des Verbandes Südwestdeutscher Industrieller hatte sich auch in seiner 48. ordentlichen Plenarversammlung vom 27. Oktober d. J. u. a. eingehend mit der zahlreichen, ihm aus den Kreisen der badischen und südwestdeutschen Industrie zugegangenen Klagen und Notrufen über die unheilvollen Wirkungen befaßt, die die fortgesetzten Erhöhungen der Eisenbahngütertarife auf die Konkurrenz- und Existenzfähigkeit der badischen und südwestdeutschen Industrien ausüben.

Infolge der nun eingetretenen weiteren gewaltigen Gütertariferhöhungen sieht sich der Verband gezwungen, erneute nachdrücklichste Vorstellungen in obiger Angelegenheit an die badische Staatsregierung zu richten. Zur Begründung seines Standpunktes führt der genannte Verband u. a. folgendes aus:

Durch die weiteren Erhöhungen der Eisenbahngütertarife ist nicht nur eine Unterbindung der Konkurrenz- und Exportfähigkeit, sondern geradezu eine Erschütterung der Existenzgrundlagen für zahlreiche badische Industriebetriebe zu befürchten, wobei zu berücksichtigen ist, daß die an der Südwestecke des Reiches, also fernab von den Rohstoffzentren und Seehäfen gelegene badische Industrie ihre Rohstoffe und Halbfabrikate auf dem langen Schienenweg beziehen und ihre für den Export bestimmten Fertigfabrikate wieder auf dem gleichen Wege zu den Seehäfen befördern lassen muß, sofern nicht der Transport auf dem Wasserweg in Betracht kommt.

Um Mißverständnisse zu vermeiden, betonen wir, daß wir uns der Notwendigkeit nicht verschließen, daß auch die Eisenbahnverwaltung darauf bedacht sein muß, ihre Einnahmen mit der steigenden Geldentwertung in Einklang zu bringen, aber auf der anderen Seite weisen wir darauf hin, daß bei einem Reiche, das sich aus einer Reihe gleichberechtigter Gliedstaaten zusammensetzt, die Reichsregierung darauf bedacht sein muß, daß auch durch an sich notwendige Maßnahmen nicht die Lebensfähigkeiten der Volkswirtschaften einzelner Glieder erschüttert oder gefährdet wird."

Aus dem Reichstage.

Der vorletzte Sitzungstag vor den Weihnachtsferien hat am Freitag dem Reichstag eine solche Fülle von Aufgaben zur Erledigung gestellt, daß es nötig war, zwei Sitzungen zu halten. In der ersten, die bereits in der Mittagsstunde begann, wurden außer Kleinen Anfragen eine ganze Reihe von Vorlagen debattelos erledigt und zwei Nachtragsetats nach kurzer Besprechung genehmigt. Unter den Anfragen befand sich eine volksparteiliche, die unter Hinweis auf eine Mordtat marokkanischer Soldaten in der Nähe von Frankfurt a. M. von der Regierung wissen wollte, ob sie in gleicher Weise wie die Entente in Goldmillionen Schadenersatz verlangt habe, und die auch über die Ermordung des Wiesbadener Villenbesitzers Cohn durch einen französischen Major Auskunft forderte. Die Regierung ließ erwidern, daß die schuldigen Marokkaner von einem französischen Kriegsgericht zum Tode verurteilt sind, daß in diesem Falle entsprechend den Grundsätzen des Völkerrechts Schadenersatz gefordert ist und daß der Wiesbadener Mörder, da er nicht zur Besatzungsarmee gehört, dem zuständigen deutschen Gericht ausgeliefert ist. Zu dem Nachtragsetat für das Auswärtige Amt gab es einen heftigen kommunistischen Angriff sowohl gegen das Kabinett Cuno wie gegen die um nationale Interessen angeblich unbekümmerte Industrie, dann wurde dieser Etat bewilligt. Beim Haushalt des Reichsfinanzministeriums wurde einstimmig beschlossen, die Rente der Veteranen von 1864, 1866 und 1870, die bisher nur 50 Mark monatlich beträgt, auf 250 Mark zu erhöhen. (Fabelhaft! D. Red.) Die Nachmittagssitzung brachte die Abstimmung über die Reichshaushaltsordnung, die dem Reichsfinanzminister ein gewisses Vetorecht bei allen Reichsausgaben einräumt. Das Haus stimmte dem Entwurf endgültig in dritter Lesung zu, und der Präsident stellte ausdrücklich fest, daß die für Verfassungsänderungen erforderliche Mehrheit vorhanden sei. Dann folgte die zweite Beratung der Novelle zur Zwangsanleihe, durch die die Begrenzung von 70 Milliarden gestrichen wird; die Freigrenzen werden verdoppelt, die erste Freigrenze also von 100 000 auf 200 000 Mark erhöht. Im Ausschuß war der Vorlage zugestimmt worden unter Hinzufügung einer Entschließung, wonach das Reich den Ländern und Gemeinden mit Rücksicht auf ihre Finanznot Beihilfe aus der Zwangsanleihe bewilligen soll.

[illegible]

Kleine politische Meldungen.

Die Gold-Milliarden bezahlt. Die Goldmilliarde, die Deutschland als Sühne zu bezahlen hat, ist den verbündeten Regierungen übergeben worden.

Notleidende Pfarrfamilien. Die braunschweigische Landesregierung weigert sich, die Zuschüsse an die Kirchen der Geldentwertung entsprechend zu erhöhen. Infolgedessen haben die evangelischen Geistlichen dort durchschnittlich nur ein Monatseinkommen von 5700 Mark. Die Folge ist, daß der Hunger in zahlreichen Pfarrfamilien eingezogen ist. Ein solcher Ausbruch der Kirchenfeindlichkeit einer radikal-sozialistischen Regierung kann nicht scharf genug gegeißelt werden. Andererseits taucht aber die Frage auf, warum die Gemeinden nicht selbst, wie in Staaten, die für die Kirche nichts ausgeben, durch freiwillige Beiträge die Mittel für ihre Seelsorger aufbringen.

Der neue Präsident der Schweiz. Zum schweizerischen Bundespräsidenten für 1923 wurde Bundesrat Scheurer, der Leiter des Militärdepartements, zum Vizepräsidenten Bundesrat Chuard gewählt. Die Amtsdauer des gesamten Bundesrats wurde von der Bundesversammlung auf weitere drei Jahre verlängert. — Karl Scheurer wurde im Jahre 1872 in Unterremmenthal als Sohn eines Notars geboren. Er studierte in Bern und Berlin die Rechte. Während seiner Anwaltstätigkeit in Bern galt er als einer der Führer der freisinnig-demokratischen Partei. Am 8. Mai 1910 wurde er von den Bernern in die Regierung gewählt und präsidierte nacheinander der Finanz- und der Justizdirektion. Der 10. eidgenössische Wahlkreis (Bern-Seeland) wählte ihn 1911—1918 in den Nationalrat. 1919 wurde er in den Bundesrat entsandt. In der ganzen Schweiz genießt Scheurer großes Vertrauen, so daß man seine Wahl zum Präsidenten dort warm begrüßen wird.

Landtag.

In der Donnerstagsitzung, über die wir schon gestern berichteten, erklärte der deutschn. Abg. Eberle der Regierung das Mißtrauen seiner Fraktion und machte ihr Vorwürfe wegen der Steuerreform, die er unüberlegt nannte. Das Elend der Valuta sei das Grundübel, aus dem wir herauskommen müssen. „Solange das staatliche Holz zum Dollarpreise und darüber gehandelt wird und solange die Staatsgüter nicht ihre Butter billiger verkaufen, dürfen Sozialisten nicht von Wucher reden, es sei denn, sie weisen nach, daß jemand billiger verkauft."

Nach ihm hielt der Kommunist Böttcher eine langatmige Kampfrede, während der sich das Haus leerte, der Frühstücksraum aber füllte. Dr. Seyfert (Dem.) warnte davor, die bisherige Politik fortzusetzen, da sie nur dahin führen könne, daß die Kommunisten Herren im Staate würden. Die Regierungserklärung betonte dreimal den sozialistischen Geist ihrer Politik. Das ist für Parteimänner möglich, aber eine Regierung muß über den Parteien stehen. Unsere Verfassung ist keine sozialistische, sondern von der ganzen Volkskammer angenommen. Warum hindern Sie uns, in diesem Rahmen mit Ihnen zusammenzuwirken? Der Ruf auf inneres Zusammenhalten hat sein Recht. Nicht Klassenkampf, sondern den Frieden zu suchen, ist die Pflicht dieses Hauses. Wir kommen unserer Not nicht bei durch Eingriffe in die freie Wirtschaft. Die Teuerung ist Folge der Gesamtlage, des Versailler Vertrages. Die Erfahrungen mit dem sozialistischen Wirtschaftsstaat sprechen dafür, daß man jeden Versuch in dieser Richtung unterlassen soll. Warum steht in der Regierungserklärung kein Wort über die Förderung der Industrie, des freien Gewerbes und Handels und des freien Bauerntums auf eigener Scholle? Es ist die parteimäßige Einstellung, die es uns auch vor zwei Jahren unmöglich machte, der Regierung zuzustimmen.

•

Die Freitagsitzung begann bereits 9 Uhr vormittags.

Ministerpräsident Buck wies verschiedene Angriffe die auf die Regierung gemacht worden waren, zurück.

Wirtschaftsminister Hellisch rechtfertigte seine Verordnungen über die Milch-Höchstpreise und Justizminister Zeigner wies auf die Unmöglichkeit hin, die Justizämter paritätisch zu besetzen — weil es an sozialdemokratischen Kräften fehle.

In der anschließenden Debatte beklagt Dr. Eckardt (Dnat.), daß für die sächsischen Arbeitgeber kein genügender Rechtsschutz vorhanden sei. Der Demokrat Dehne bedauerte die unwürdigen und gefährlichen Verhandlungen zwischen den Sozialdemokraten und Kommunisten; der Sozialismus könnte und sollte ein Schutzwall sein gegen den Kommunismus, wenn er es nicht versuchen würde durch Radikalismus den Kommunismus zu fördern. Hierauf ließ sofort Stöwert (Kom.) eine Tauerrede gegen die Regierung vom Stapel, in der er verlangte, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten einseitige Politik machen müßten im Interesse der Arbeiter, und daß auch eine Regierung von Sozialdemokraten ganz einseitig die Interessen der Arbeiterschaft zu vertreten habe.

(Es ist nur zu bedauern, daß es den Kommunisten nicht vergönnt war, mit der Verkündung solcher Theorien die diesjährigen Sitzungen des Landtages abzuschließen, was sicher als Weihnachtsevangelium im ganzen Lande einen tiefen Eindruck gemacht hätte.)

Von Stadt und Land.

Aue, 16. Dezember 1922.

Dr. h. c. Kommerzienrat Heinrich Toelle in Blauenthal erhielt von dem Senate der Technischen Hochschule in Dresden die Würde eines Doktors.

Neue Butter- und Milch-Höchstpreise. Der völlige Bankrott der Butter- und Milchhöchstpreise veranlaßt das Wirtschaftsministerium zu einer neuen Verordnung, wonach Sachsen in zwei Milchpreiszonen eingeteilt wird. Zone 2 erhält wegen ihrer ungünstigen Gebirgslage einen Zuschlag zu den Preisen der Zone 1. Der Zone 2 gehören an die Amtsgerichtsbezirke Lauenstein, Frauenstein, Altenberg, Sayda, die Kommunalverbände Marienberg, Annaberg, Stollberg und Schwarzenberg, die Städte Zwickau, Werdau, Crimmitschau, Meerane und Lößnitz und die Amtsgerichtsbezirke Schneeberg, Zwickau, Hohenstein-Ernstthal und Chemnitz. Die Erzeugerhöchstpreise für Milchlieferungen an Milchhändler, Molkereien oder Sammelstellen betragen ab Stall

Für das	in Zone 1	in Zone 2
Liter Vollmilch	90.— Mark	100.— Mark
Liter Magermilch	45.— Mark	50.— Mark

Für den Milchkleinverkauf müssen die Gemeinden Höchstpreise festsetzen, die für Vollmilch 104 bezw. 115 Mark, für Mager- oder Buttermilch 52 bezw. 57 Mark nicht übersteigen dürfen.

Die Erzeugerhöchstpreise gegenüber Wiederverkäufern betragen fürs Pfund Butter 990 bezw. 1100 Mark, für Speisequark 90 bezw. 100 Mark bei Kuhhaltern, bei Molkereien dagegen für Butter 1170 bezw. 1300 Mark, für Quark 108 bezw. 118 Mark.

Weihnachtsfeier des Frauen-Vereins. Der Auer Frauen-Verein hält wie alljährlich seine Weihnachtsfeier für seine Pfleglinge am 3. Advent nachmittags 4 Uhr im großen Saale des Nicolai-Pfarrhauses.

Weihnachtsfeier. Die christliche Elternvereinigung veranstaltete gestern abend im Bürgergarten-Saale eine Weihnachts-Vorfeier, zu der außerordentlich zahlreiche Besucher erschienen waren. Die Darbietungen waren alle recht gute, allen Mitwirkenden gebührt gleich Lob und Dank für ihre uneigennützige Unterstützung. Im Mittelpunkte der Feier stand eine Begrüßung durch den Vorsitzenden Roßner und eine Ansprache des Pfarrer Meusel, beide dazu angetan, bei dem andächtigen Publikum eine wohltuende Weihnachtsstimmung hervorzurufen. Die schöne Bühnenvorrichtung, zahlreiche Bergmänner und die herrlichen Gesänge trugen noch wesentlich zur Hebung dieser Stimmung bei. Man hat die Absicht, das zur Aufführung gebrachte Stück „Weihnachten im Erzgebirge" zu wiederholen.

Von den Auer Lichtspielbühnen.

Apollo-Lichtspiele Aue. Die Direktion sendet uns folgendes Schreiben: Dieselbe Beliebtheit, deren sich Eddie Polo in Amerika, seiner Heimat, erfreut, hat er sich auch bei uns in Deutschland erworben. Hüben wie drüben bewundert man den an Todesverachtung grenzenden tollkühnen Wagemut des Künstlers, seine enormen sportlichen Leistungen, das Spiel seiner athletischen Kräfte. Alle diese Eigenschaften [illegible] konzentrischen Ausdruck in dem großen Epilog [illegible] Zirkuskönig", dem bisher wohl besten Eddie [illegible] 6. und letzter Teil gegenwärtig in den hiesigen Apollo-Lichtspielen vorgeführt wird. Eddie brilliert darin wiederum mit erstaunlichen Wagestücken, die den Film zu einem Sensationsfilm ersten Ranges stempeln. Weiterhin läuft im neuen Programm ein höchst sehenswertes Schauspiel: „Der Feuerreiter von Lafayette", das im bunten Gemisch Detektiv-, Abenteuer- und Kolonialfilm ist. Eine straffe Handlung schließt so viele spannende Momente in sich ein, daß der Zuschauer von Anfang bis zum Ende von den Vorgängen auf der Weißen Wand gefesselt wird, die sich vornehmlich im Rahmen schöner wild romantischer Gebirgsszenerien abspielen. Der Besuch des neuen Programms in den Apollo-Lichtspielen ist sonach bestens zu empfehlen.

• • •

Johanngeorgenstadt. Nothilfe. Vom städtischen Liebesgabenausschuß ist ein großzügiges Sammelwerk in die Wege geleitet worden, das bereits weit über eine Million Mark erbracht hat; die Arbeiter steuerten den Lohn von zwei Ueberstunden und die Unternehmer den gleichen Betrag bei.

Chemnitz. Der sozialdemokratische Pfarrer Schlosser-Chemnitz hat sein Amt niedergelegt und widmet sich jetzt der sozialen Tätigkeit. Pfarrer Perthel-Unterwürschnitz, ebenfalls Mitglied der Sozialdemokratischen Partei, ist desgleichen vom Amte zurückgetreten und aus der Landeskirche ausgetreten. Er beabsichtigt, eine freie Gemeinde ins Leben zu rufen.

Dresden. Ein unerhörter Einschüchterungsversuch wird gegenwärtig vom Erwerbslosenrat in Dresden gegen eine Anzahl Dresdner Geschäftsinhaber versucht. An Hotelbesitzer, Restaurationsbesitzer, Saalinhaber usw. versendet er folgendes Schreiben:

Der Erwerbslosenrat bittet um geschätzte Mitteilung und Auskunft, ob von der Direktion für die Erwerbslosen eine Spende gemacht worden ist, und wenn dies der Fall sein sollte, wohin diese überwiesen wurde.

Da hier Anträge um Auskunft vorliegen, aber von einer derartigen Spende hier nichts bekannt ist, so wäre eine Aufklärung von seiten der Direktion erwünscht.

Offenbar rechnet der Erwerbslosenrat damit, daß nach den letzten Plünderungsversuchen eine Anzahl Geschäftsleute derartig beunruhigt sind, daß sie auf einen solchen plumpen Anzapfungsversuch hereinfallen. Wie wir hören, haben jedoch die mit diesem Schreiben Beglückten den Erwerbslosenrat keiner Antwort gewürdigt, sondern die Briefe der Polizeibehörde übergeben.

Stadtverordnetensitzung.

Leitung: Stadtverordnetenvorsteher Freyß; 28 Mitglieder des Kollegiums anwesend; am Ratstische Herr Bürgermeister Hofmann und 5 Stadträte.

Das Wassergeld wird mit Wirkung vom 1. Oktober 1922 auf 80 Mark für den Kubikmeter erhöht. — Erneut hatte sich das Kollegium mit der Festsetzung des Preises für die Abfuhr des Abortgrubeninhaltes zu befassen. Die Firma Ernst Gruner fordert 1100 Mark für die Abfuhr eines Kubikmeters, dem das Stadtverordneten-Kollegium nachkam, weil die Firma erklärte, von diesem Preise unter keinen Umständen abgehen zu können. Der Rat, der nur 1000 Mark festgesetzt hatte, wird ersucht, dem Stadtverordnetenbeschlusse beizutreten. — Wie alle gemeinnützigen Unternehmungen ist auch die Gemeindediakonie in große Not geraten. Deshalb wird beschlossen, diesem Unternehmen aufs laufende Haushaltjahr den Betrag von 15 000 Mark als städtische Unterstützung noch nachzubewilligen. — Genehmigt werden die Nachträge zu folgenden Ortsgesetzen: a., Ortsgesetz über die in Aue tätigen Hebammen betreffend Neufestsetzung der Ruhestandsunterstützung der Hebammen, b., Ortsgesetz für das Kaufmannsgericht und für das Gewerbegericht, betreffend Neufestsetzung der Vergütung an die Beisitzer für Teilnahme an den Sitzungen dieser Gerichte. — Im Lehrerzimmer der 2. Bürgerschule ist die Anbringung besserer Beleuchtungs-Einrichtung erforderlich. 5400 Mark, die zu diesem Zwecke erforderlich sind, werden bewilligt. — Mit Rücksicht auf die neuerdings eingetretenen Erhöhungen für Kohlen, Löhne, Gehälter usw. macht sich wiederum eine Neufestsetzung der Gas- und Strompreise erforderlich. Das Gas- und Elektrizitätswerk schlägt vor, den Preis für 1 Kubikmeter Gas ab 1. Dezember 1922 auf 160 Mark, für 1 Kilowattstunde Lichtstrom auf 200 Mark, für 1 Kilowattstunde Kraftstrom auf 170 Mark festzusetzen. Das Kollegium konnte sich nicht entschließen, diese Erhöhung ohne Anhörung der Ausschüsse auszusprechen. Da die Sache aber